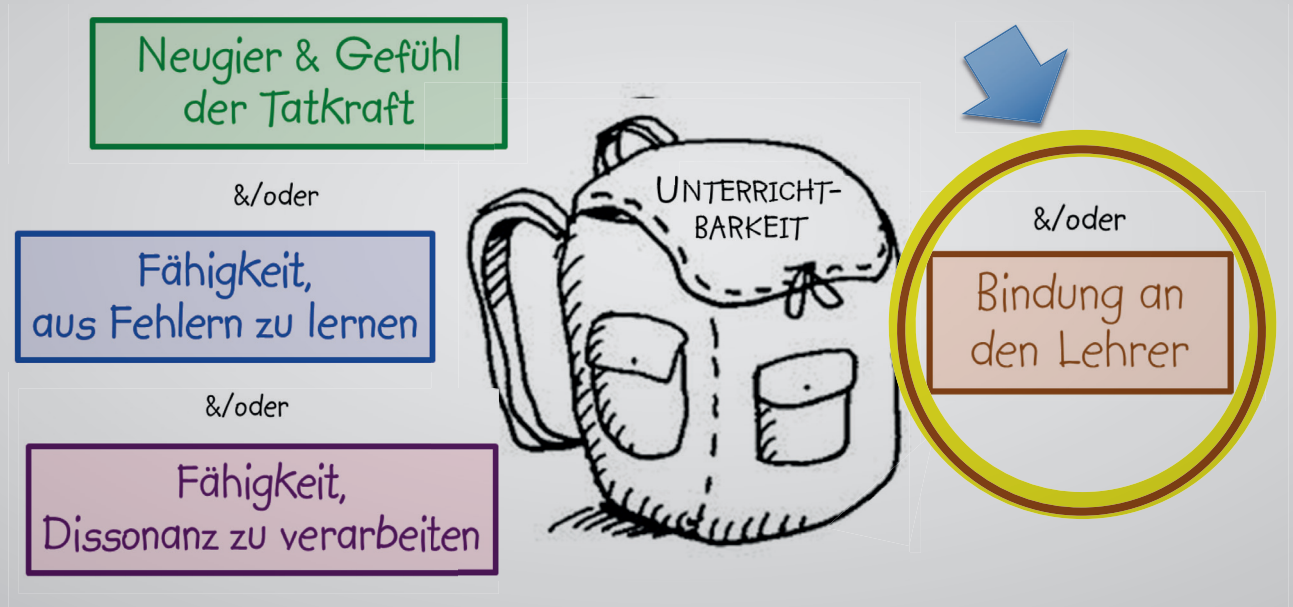


FLV Zukunft

Freie Meinung

Was ein Kind in die Schule mitbringen muss, damit Lernen erfolgt:



In dieser Ausgabe 1/2019:

Faktor Unterrichtbarkeit	1
Leitartikel des Obmanns	3
Warum so zögerlich, Herr Bundesminister?	5
Dafür gebührt dem Minister Lob	8
Die OECD „Bildungslücke“	8
Die Volksschule im Wandel der Zeit	9
Reform der Mittelschule	11
Zwischenruf	12
Freiheitliche Bildungspolitik -eine Zwischenbilanz von Wendelin Mölzer	12
Neuer Vorstand	15

Der Faktor Unterrichtbarkeit

Für eine gedeihliche Schüler-Lehrer-Beziehung

Unterrichten führt nicht immer zu Lernen – als Grundlage für Bildung; diese Diskrepanz scheint sich immer weiter auszubreiten. Und dies, obwohl Schüler heute noch nie intelligenter, Lehrer noch nie besser ausgebildet, unsere Lehrpläne noch nie ausgefeilter und unsere Technologien noch nie so fortgeschritten waren.

Nach Prof. Dr. Neufeld hat das Problem mit der sinkenden Unterrichtbarkeit der Schüler zu tun. Der Faktor Unterrichtbarkeit bezieht sich auf die Bestimmungsgrößen des Lernens,

die psychologischer Natur sind: Entwicklung, Beziehung, Motivation und Emotionen. Kultureller Wandel hat diese Faktoren verändert, wodurch die Arbeit der Lehrer viel schwieriger wird als sie es war und auch als sie es sein sollte.

Überdies geht die Schere zwischen dem Potential der Schüler und deren schulischen Erfolge immer weiter auseinander.

Die üblichen Erziehungsmethoden und auch Lehrpläne setzen die Unterrichtbarkeit der Schüler voraus. Wenn diese nicht vor-

handen ist, ergeben sich die uns allen bekannten Folgen und Probleme im Lehrer-Eltern-Schüler Alltag: Unaufmerksamkeit, Aggression, „alles egal“-Mentalität, Blockaden, Orientierungslosigkeit, Vergeblichkeitsgefühle, usw.

Dr. Neufelds Ansatz arbeitet mit der Einsicht der Beteiligten und nutzt die Grundlagen des bindungsbasierten Entwicklungsansatzes.

Es geht ihm besonders um die beiden Faktoren für Lernen und Verhalten: Entwicklungsblockaden und die Schüler-Lehrer-Beziehung. Lösungsansätze und Handlungsoptionen ergeben sich logisch und direkt aus dem Verständnis um diese Faktoren. Die Unterrichtsbarkeit ist die Antwort, die diese Faktoren berücksichtigt.

Lernen liegen die beiden wesentlichen psychologischen Prozesse der Bindung und Reifwerdung zugrunde. Es gäbe keinen Grund, sich die Grundlagen von Lernen genauer anzuschauen, wenn es so funktionieren wür-

de, wie es sollte. Da dies für eine steigende Anzahl von Schülern nicht mehr der Fall ist, wird es nötig, sich mit den grundlegenden Antriebskräften und deren Rolle für Lernen und Verhalten vertraut zu machen.

Der Prozess der Reifwerdung - vom Kind zum Jugendlichen zum Erwachsenen - spielt beim Lernen und Verhalten eine wichtige Rolle. Zu lange wurde von einer einzigen Entwicklungskraft ausgegangen - doch es sind letztlich drei eigene Reifwerdungsprozesse, die zu berücksichtigen und zu durchleben sind: Emergenz, Adaption und Integration.

Ein weiteres Missverständnis ist, dass diese Reifwerdungsprozesse in allen Kindern aktiv sind und durch entwicklungsfreundliche Pädagogik angesprochen werden können. Beispielsweise wurden alle Kinder für interessiert und neugierig auf ihre Umgebung gehalten; die Herausforderung des Lehrers bestand darin, in ihre Welt einzutreten. Diese optimistische Sicht hat

sich als hoffnungslos naiv herausgestellt.

Es ist richtig, dass alle Kinder das Potential zu reifen, in sich tragen, doch diese Prozesse müssen aktiv sein im Kind, BEVOR sie für Erziehung und Bildung genutzt werden können. Wenn Kindern die Reife fehlt oder sie blockiert sind, dann ist die Unterrichtsbarkeit in demselben Maße beeinträchtigt.

Wenn Kinder, die nicht reif werden, sich außerdem auch nicht an ihre Lehrer binden, dann macht es sie geradezu nicht unterrichtbar. Die Antwort darauf ist nicht, besser zu unterrichten, sondern differenzierter.

Es ist wichtiger als je zuvor, sich dessen bewusst zu werden, was einen Schüler unterrichtbar macht und dieses Wissen zu nutzen, einen Kontext für den Unterricht zu schaffen.

Wenn man mit Schülern zu tun hat, die die drei Reifwerdungsprozesse nicht oder unzureichend durchlaufen haben, dann bleibt nur noch die Bindung, um sie zu motivieren.

Bindung ist zweifellos die stärkste Motivationskraft von allen, dieses Bindungsfundament muss allerdings vorerst aufgebaut werden, um den Boden für gute Unterrichtsbarkeit vorzubereiten. In einer Kultur, die unfähig geworden ist, Bindungen zu erhalten und zu pflegen, müssen wir dies kompensieren, indem wir die Initiative ergreifen, die Schüler bindungsbasiert sammeln und sie so in die Unterrichts-

Der vorliegende Artikel ist eine Zusammenfassung des Referats von Elke Nachtmann im Rahmen des FLV-Seminars in Bad Hall 2018

Weitere Informationen zu diesem Thema:
Dr. G. Neufeld, Neufeld-Institute Vancouver Canada;
neufeldinstitute.com; neufeldinstitute.de

Kurse dazu buchbar bei:
Mag. Elke Nachtmann
dipl. Kursleiterin und Bindungsberaterin
Neufeldinstitut für Entwicklungspsychologie und Bindungswissenschaften
Tel.: 0680/21 61 041
E-Mail: elke.nachtmann@aon.at

barkeit begleiten. Wenn wir nicht die Herzen dieser entwicklungsblockierten Schüler gewinnen, dann haben wir kaum einen Einfluss auf das, was sie lernen. Bindung ist der Trieb oder Instinkt, der durch das Streben und Bewahren von Nähe charakterisiert ist.

Wenn es uns gelingt durch Bindung eine gedeihliche Schüler-Lehrer-Beziehung aufzubauen, so hat dies direkte positive Auswirkungen auf die Reifeprozesse eines jungen Menschen

und verbessert zunehmend auch die Unterrichtbarkeit des Schülers.

Es gilt daher:

- die Schüler zu beschützen und ihre Herzen weich zu halten.
- die Bindungszurückhaltung von Schülern überwinden und einen Kontext von Verbindung kultivieren.
- ein Verständnis aufzubauen, wie Bindung sich entwickelt und was diese Entwicklung behindert.
- bei den Schülern Schüchternheit und konkurrierende Bindun-

gen sowie Gleichaltrigenorientierung zu überwinden.

- die Dynamik der Gleichaltrigenorientierung (Peergroup-Orientierung) und deren sabotierende Auswirkung auf die Unterrichtbarkeit heutiger Schüler zu verstehen.

Es gilt der Spruch: Keine Bildung ohne Bindung! Sie ist das Fundament, wenn es stark und tragfähig ist, führen die von Natur aus angelegten Reifeprozesse zur Unterrichtbarkeit des Schülers.

Leitartikel des Obmanns des FLV

von Dipl. Ing. Harald Sander, Obmann des FLV-Ö

Das Pädagogik Paket 2018 soll Anlass für eine Rückschau auf die sozialistisch geprägte Bildungspolitik der letzten Dekade sein.

Der Ursprung liegt im Jahr 2005, als man viele Schulgesetze aus dem Verfassungsrang nahm, um gesetzliche Änderungen ohne großen Aufwand durch den Nationalrat zu ermöglichen. Die Intention dahinter war sicher eine gut gemeinte.

Die Abfolge der seit 2007 jährlich folgenden Änderungen im Schulbereich hat aber gezeigt, dass dieses Mittel nicht ausgewogen und verantwortungsvoll von den sozialistischen Bildungsministerinnen – Schmied, Heinisch-Hosek und Hammer Schmid - gehandhabt wurde.

10 Jahre „Reformen“ ohne Ende

Eine Aufzählung aller Bereiche, in denen Änderungen vorgenommen wurden, kann aufgrund der Anzahl und der schnellen Abfolge nur unvollständig sein. Es ist aber trotzdem notwendig, eine solche in Abrissen zu versuchen, um die Verantwortlichkeiten klar darlegen zu können.

Die PISA Ergebnisse - übrigens durchgeführt von der OECD als Wirtschaftsorganisation - wurden durch die 2007 zuständige sozialistische Bildungsministerin Claudia Schmied einseitig interpretiert und als Gleichheitsdebatte über das Bildungssystem gestülpt.

Man wollte über den Weg der Schulen die verkorkste, sozia-



listische Gesellschaftspolitik der letzten 40 Jahre einer Lösung zuführen, ohne sich den Unterschied zwischen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit vorab bewusst gemacht

zu haben. Dass Bildung eine individuell zu erbringende Leistung des Einzelnen ist und die Schule nur unterstützen kann und schon gar nicht den Erfolg jedes einzelnen garantieren kann, wurde ganz außer Acht gelassen.

Neben den PISA Ergebnisse kamen von der Europäischen Union Vorgaben in Form der Lissabon Ziele, der Einführung des Bologna Prozesses und der Umsetzung der EU Inklusionsvorgaben im schulischen Bereich als Umsetzung der UNO Behindertenkonvention.

Diese Vorgaben wurden in allen Schultypen mit dem Ziel durchgeführt, eine Segregation von Schülern in allen Bereichen zu verhindern. Ein idealistischer Ansatz, der wie alle sozialistischen Experimente nur an der Realität scheitern konnte.

Es folgte die Abschaffung der Noten in den Volksschulen, die Abschaffung der Sonderschulen, die Auflösung der Leistungsgruppen, das finanzielle Aushungern der AHS Unterstufe und die versuchte Einführung der zwangsweisen Ganztagesbetreuung für alle Schulkinder mit dem großen Ziel der Gesamtschule.

Dadurch wurde die bestmögliche Betreuung und die Wahlfreiheit nicht mehr gewährleistet. Dies wurde von Beginn an von vielen Akteuren im Schulsystem als nicht zielführend und auch nicht als wünschenswert angesehen. Diese Kritiker wurden aber nicht gehört und mit dubiosen Studien und mit im Prinzip gescheiterten Musterbeispielen aus anderen Ländern ruhig gestellt.

Die Einführung der kompetenzorientierten Bildungsstandards sollte diese Maßnahmen legitimieren und machte es notwendig, die Lehrpläne auf Kompetenzen umzuschreiben, um auch eine rechtliche Wirkung zu erreichen.

Auch die Oberstufe wurde mit der Einführung der Neuen Oberstufe, kurz NOST, nicht verschont. Klares Ziel dieser Maßnahmen war, die Klassenwiederholungen über diesen Weg zu senken.

Die damit einhergehende Einführung der standardisierten teilsentralen kompetenzorientierten Reife und Diplomprüfung, kurz sRDP, als Abschluss der Oberstufe, ist nicht logischerweise richtig als letzter Schritt erfolgt, sondern vor dem Start der NOST. Diese eher unüblichen Vorgehensweisen sprechen wie die geschaffenen Wortungetüme für sich selbst.

Um anscheinend den schon verlorenen Überblick über alle Änderungen wieder zu erhalten, wurde als Krönung neben dem Bundesministerium das Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des Bildungswesens, kurz BIFIE, als externes Institut geschaffen.

Kreativer Umgang mit Widerstand

Massive Widerstände, vor allem gegen die Einführung der Gesamtschule und der verpflichtenden Nachmittagsbetreuung in verschränkter Form, als Ausdruck einer leistungslosen und anspruchslosen Schule, wurden durch gesetzliche Umwege in Angriff genommen. Diese wurden durch Änderun-

gen in der Ausbildung der Lehrer, ein neues Dienstrecht und eine geänderte Finanzierung der Nachmittagsbetreuung umgesetzt, um damit Widerstände auszuhebeln.

Da die Umsetzung vieler dieser Änderungen erst ansteht, sind die Folgen hier noch nicht absehbar. Ableitbar ist hier aber schon ein klarer Handlungsauftrag für Änderungen in diesen Bereichen an den derzeitigen Bildungsminister.

Ein Ende mit Schrecken für den Schrecken ohne Ende

Den Abschluss bescherte uns die schon in den letzten Zügen liegende vorherige Regierung noch mit einem angeblichen Schulautonomiepaket, gepaart mit einer völlig neuen Schulverwaltungsstruktur.

Die zu erwartenden Ergebnisse sind, dass sich in Zukunft die Akteure an den Schulen um die knappen Ressourcen streiten dürfen und dass in den scheidenden Landesschulräten ein Kampf um die Macht in den neuen Bildungsdirektionen ausgebrochen ist.

Der demokratische Kontrollverlust durch die Abschaffung der Vizepräsidenten und der Kollegien der Landesschulräte wird verschwiegen und, wenn es schon diskutiert werden muss, mit nicht belegbaren Kosteneinsparungen argumentiert.

Freiheitliches Bildungskonzept

Der Freiheitliche Österreichische Lehrerverband hat sich genau deshalb die humane Leistungs-

schule als Ziel gesetzt und die daraus resultierenden Forderungen in allen Bereichen in sein 2017 erstelltes Bildungskonzept verpackt.

Offen für Veränderungen zu sein, aber nicht die Zerschlagung von guten und funktionierenden Strukturen, zeichnet dieses Konzept aus. Genau aus diesem Grund finden sich fast alle Grundforderungen dieses Konzeptes im derzeitigen Regierungsprogramm wieder.

Reformen von zurückführen auf den richtigen Weg

Bei den Regierungsverhandlungen im Herbst 2017 konnte erreicht werden, zunächst keine großen Änderungen mehr umzusetzen. Die Schulen sollen wieder zur Ruhe kommen dürfen. Damit wird es möglich, die Auswirkungen der oben beschriebenen Maßnahmen abzuschätzen und gezielt Änderungen durchführen zu können. Zurückführen auf den richtigen Weg ist das Ziel.

Der erste Schritt wurde jetzt mit

dem Bildungspaket 2018 von der türkis-blauen Regierung gesetzt. Darin sind folgende Eckpunkte enthalten:

- Klare Schulreife-kriterien in Kindergarten und Volksschule.

- Es wird ein verbindlicher Katalog an Schulreife-kriterien erarbeitet. Ziel ist es, die Schuleinschreibung österreichweit zu standardisieren.

- Einheitliche Talente-Checks. Am Ende der Volksschule und der Sekundarstufe I stehen wesentliche Bildungswegentscheidungen an. Diese sollen, durch den vermehrten Einsatz von einheitlichen Testverfahren unterstützt, die Lehrer entlastet und den ratsuchenden Eltern helfen. Dieser Check soll verbindlich am Ende der 3. und der 7. Schulstufe zum Einsatz kommen. Durch den flächendeckenden Einsatz soll eine gezieltere Förderung von Schülern ermöglicht werden.

- Weiterentwicklung der Neuen Mittelschule. Einführung einer durchgehenden 5-stelligen Notenskala. Einführung von Entwicklungsgruppen in den

Kernfächern. Eine Rückkehr zu Leistungsgruppen ist nicht vorgesehen. In den wesentlichen Hauptgegenständen sollen jedoch ab der 7. Schulstufe Entwicklungsgruppen eingerichtet werden können. Lösung für „Rückkehrer“ aus der AHS in die NMS.

- Noten in der Volksschule. Die Notengebung in der Volksschule soll verbessert und präzisiert werden. Es soll eine Aufwertung der numerischen Beurteilung bei gleichzeitiger Beibehaltung der verbalen Beurteilung erfolgen.

- Breite Evaluierung aller beteiligten Akteure der NOST.

- Freiwilliges 10. Schuljahr an der PTS für Schülerinnen und Schüler, die ihre Schulpflicht an mittleren und höheren Schulen absolviert haben.

In diesem Sinne werden wir als Freiheitlicher Österreichischer Lehrerverband weiter für unsere Schulen arbeiten, um allen Beteiligten in Zukunft wieder die besten Schulen bieten zu können.

Warum so zögerlich, Herr Bundesminister?

von HR Mag. Dieter Grillmayer

ÖVP-Bildungsminister Dr. Heinz Faßmann geht es m. E. etwas zu vorsichtig an, den Trümmerhaufen aufzuräumen, den er von drei SPÖ-Ministerinnen übernommen hat. Engagierte Lehrer hätten sich auch

in ihrem Berufsfeld von der neuen Bundesregierung einen echten Paradigmenwechsel erwartet. Dass dem nicht so ist liegt wohl einerseits an der Mentalität des Rheinländers, andererseits aber auch dar-

an, dass sein Ministerium von Beamten durchsetzt ist, die zu dem, was zu tun wäre, um Österreich hinsichtlich Schule und Bildung wieder zu einem Vorzeigeland zu machen, ein gestörtes Verhältnis haben.



Und auch das gilt nicht nur für solche, die den Parteien nahe stehen, die vor einem Jahr abgewählt worden sind.

Als Beleg diene ein Satz aus Univ.-Prof. Konrad P. Liessmanns Buch „Geisterstunde – Die Praxis der Unbildung“, in dem die zeitgeistige Pseudopädagogik, welche bis tief in das Bildungsministerium hineinreicht, kritisiert wird: „Wo Kompetenzen vermittelt, Tests ausgefüllt, im Team geteacht, international verglichen und modular studiert wird – dort ist die Praxis der Unbildung am effizientesten.“ Als Mathematiker möchte ich ergänzen: Auch die „Digitalisierung des Unterrichts“ wird wenig dazu beitragen, die österr. Schullandschaft wieder aufblühen zu lassen.

Wollen wir aber zunächst einmal die positiven Veränderungen aufzählen: Seit September 2018 gibt es in Österreich 679 Deutschförderklassen. Die meisten davon wurden in Wien

gebildet (360), gefolgt von Oberösterreich (126), der Steiermark (56) und Niederösterreich (50). Damit wurde der unhaltbare Zustand beendet, die heutige Situation – die Vielzahl von Schulkindern, die der Unterrichtssprache nicht mächtig sind – mit einem Gesetz aus dem Jahr 1974 in den Griff bekommen zu wollen.

Ähnlich verhält es sich mit dem „Pädagogikpaket“, das knapp vor Weihnachten im Parlament verabschiedet worden ist und das u. a. folgende Maßnahmen beinhaltet: In den Volksschulen werden Ziffernnoten und die Möglichkeit des „Sitzenbleibens“ ab der zweiten Klasse wieder eingeführt. In den künftig nur mehr als „Mittelschulen“ bezeichneten NMSen wird die teure und ineffiziente innere Differenzierung zugunsten von zwei unterschiedlichen Leistungsniveaus, wenn auch nur in Deutsch, Mathematik und Fremdsprache, wieder abgeschafft. Wenn bei einem Kind Förderbedarf diagnostiziert wird, soll es künftig verpflichtend daran teilnehmen müssen. Für Schülerinnen und Schüler, die, aus welchen Gründen immer, keinen positiven Abschluss der Pflichtschule schaffen, wird es ab 2019 wieder die Möglichkeit eines freiwilligen zehnten Schuljahres an einer Polytechnischen Schule geben.

Es darf erwähnt werden, dass diese Neuregelungen vornehmlich von freiheitlicher Seite in das Regierungsprogramm eingebracht worden sind. Ich

habe bei dieser Gelegenheit auch eine Reform angemahnt, die mir besonders wichtig erscheint, weil sie ganz generell die Unterrichtsqualität zu heben imstande wäre. Es muss nämlich durchgängig wieder ein Unterricht stattfinden bzw. möglich gemacht werden, der diesen Namen verdient. Es kann nicht sein, dass Lehrerinnen und Lehrer aufgrund desolater Zustände an einzelnen Schulen ihren Dienst vornehmlich als Aufsichtspersonen und Streitschlichter ohne Durchgriffsrechte versehen müssen. Es ist allerdings zu befürchten, dass vor allem den Jüngeren die vielfältige gesetzliche Behinderung ihrer Unterrichtsarbeit und ihres Arbeitserfolges gar nicht mehr bewusst wird. Eine gründliche Reform des Schulunterrichtsgesetzes (SchUG) und seiner Verordnungen, insbesondere zur Förderung der Schuldisziplin und der Mitarbeit im Unterricht, bleibt für mich ein Gebot der Stunde. Aber diese „heiße Kartoffel“ wagt offenbar vorläufig niemand anzufassen. Es hagelt ja jetzt schon Proteste von „fortschrittlicher“ Seite. Besonders eindrucksvoll hat der Bildungssprecher der NEOS seine Inkompetenz damit bewiesen, dass er die bereits gesetzten Maßnahmen als einen Rückschritt in die 1950er-Jahre bezeichnet hat. Denn die Absolventen der damaligen achtjährigen Volksschulen haben dort wesentlich mehr Bildung erfahren als die Vielzahl von funktionalen Analphabeten unter den heutigen Pflichtschulabgängern.

Das kann man in jeder entsprechend besetzten Runde feststellen, z. B. bei meinem wöchentlichen Stammtisch im Dorfwirtshaus.

Leider ist zu befürchten, dass sich Herr Minister Faßmann durch dermaßen dumme Sprüche zu noch mehr Vorsicht verleiten lässt. Unter anderem ist er bei der seit Jahrzehnten überfälligen Reparatur der Aufnahmebedingungen für den Besuch Höherer Schulen bereits zurückgerudert. Man darf gespannt sein, ob in dieser Sache doch noch etwas weitergeht. Und eine vernünftige Sprachregelung hinsichtlich des Genderns, wie sie FPÖ-Verteidigungsminister Kunasek im Vorjahr erlassen hat, ist vom ÖVP-Bildungsminister wohl auch nicht zu erwarten. In dieses mein Lieblingsthema will ich heute aber nicht mehr eintauchen. Eine mir kürzlich zugekommene Information muss ich allerdings noch anbringen, nämlich die Entscheidung der Volksanwaltschaft, den Zwang zum Gendern für Schüler und Studenten auf die offizielle Missstandsliste zu setzen. Dafür gäbe es nämlich keine gesetzliche Grundlage. Nach meinem Verständnis verpflichtet diese Entscheidung den ressortzuständigen Minister zum Handeln, auch wenn er sich damit die Missgunst aller Minderwertigkeitskomplexerinnen (©Lotte Tobisch) samt Anhang zuzieht. Im Gegenzug würden ihm neben den direkt Betroffenen alle Kulturmenschen in diesem Land dafür Rosen streuen.

Länderkontakte:

Freiheitlicher Österreichischer Lehrerverband FLV Ö
4040 Linz, Blütenstraße 21/1,
Obmann: Dipl. Ing. Harald Sander

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein
4040 Linz, Blütenstraße 21/1,
Obmann: Dipl. Ing. Dietmar Wokatsch

Freiheitlicher NÖ Lehrerverband
2700 Wr. Neustadt, Schönthalgasse 1, fnlv@gmx.at
Obmann: Mag. Dr. Roland Lackinger

Freiheitlicher Salzburger LandesLehrerverein
5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Dipl.-Päd. Gernot Hatzenbichler

Bildungsverein für freiheitliche und unabhängige Lehrerinnen und Lehrer in Kärnten (BVFU):
9020 Klagenfurt, Siebenhügelstr. 128,
Obfrau: Mag. Sabine Hinteregger

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark
8010 Graz, Hans-Sachs-Gasse 10/4,
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol
6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72,
Obfrau: Astrid Denz

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein
1010 Wien, Bartensteingasse 14,
Obmann: Dipl.-Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer

Kontakt Vorarlberg
Mag. Siegfried Neyer, 6780 Schruns, Widumweg 4

Kontakt Burgenland
HOL Josef Kotzenmacher, 7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Redaktionelles

Im Zuge der Arbeit an der aktuellen Ausgabe unserer Zeitung wurde von mehreren Seiten der Wunsch geäußert, dass der alte, aber ausdrucksstarke Name „Freie Meinung“ wieder im Titel vorkommen solle.

Möglich wäre eine optische Überlagerung bzw. Kombination von „Freie Meinung“ und „Zukunft“ oder die ausschließliche Verwendung von einem der beiden Namen möglich.

Ihre/Eure Meinung dazu? Schreiben Sie uns bitte:
reinhard.a.koller@gmx.at oder harald.sander@flv.at

Dafür ist der Minister zu loben

von Mag. Reinhard Koller

Minister und Ministerinnen, sowie Landesschulrats- bzw. Stadtschulratspräsidenten schreiben gerne Briefe an „ihre“ Lehrer. Meist bei Amtsantritt, zu Schuljahresbeginn oder knapp vor Wahlen.

Bisher wurde ich immer mit „Liebe Lehrerinnen und Lehrer“ angesprochen, manchmal auch mit „Liebe LehrerInnen“, glücklicherweise noch nie mit „Liebe Lehrperson“

Bei der darauffolgenden Gewissenserforschung konnte ich mich an keinerlei Liebesbeziehungen oder sonstige Naheverhältnisse erinnern – das Übermaß an Liebe war wohl immer

ironisch gemeint (z.B. nach Stundenkürzungen, Hirnlos-Erlässen u.dgl.).

Der Faßmann-Brief zu Schulbeginn war hingegen frei von Liebe (in der Anrede), dafür höflich und korrekt („sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer“), frei von „Binnen-Is“, Lehrpersonen, zu Unterrichtenden usw.

Leider ist der neue Stil nicht bis in die Niederungen der Schulverwaltung durchgedrungen: Das Schulverwaltungsprogramm Sokrates (der Philosoph rotiert vermutlich ob des Namensmissbrauchs) glänzt nach wie vor mit LehrerInnen und SchülerInnenlisten.



Dass unter Administration „Benutzer pflegen“ anwählbar ist, könnte man als Hoffnungsschimmer sehen, vermutlich wurde aber nur auf die BenutzerInnen vergessen...

Die vererbte „Bildungslüge“ der OECD

von Oberstudienrat Prof. Dr. Josef Pasteiner



„Nur“ 29% schaffen in Österreich einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern, stellte nun die OECD fest. Das ist immerhin eine deutliche Verbesserung gegenüber 2015. Damals waren es sogar „nur“ 21%. Gerade einmal 10% der Befragten von Eltern ohne Pflichtschulabschluss können bei uns ein Studium abschließen. Dagegen seien es im OECD-Schnitt 21%. Daher behauptet die OECD, dass die Bildungskarriere in Österreich nach wie vor vererbt wird. Unkritisch

plappern unsere Medien diesen Unsinn nach. Abgesehen davon, dass Bildung nicht wie Geld oder ein Haus vererbt werden kann, sondern von jedem mühsam „erstrebt“ werden muss, sei folgendes kritisch angemerkt: Hat die Mutter eine Handelsschule besucht und die Tochter macht Matura, ist das laut OECD kein Zugewinn. Hat der Vater eine Lehre absolviert und der Sohn eine HTL, zählt das auch nicht. Genauso sieht es aus, wenn der Vater eine PÄDAK besuchte

und die Tochter die Universität. Die OECD teilt die Abschlüsse nämlich nur in drei Stufen ein: Maximal Pflichtschule, Hochschulabschluss und alles dazwischen. So scheinen viele Bildungsaufstiege nicht auf, die im österreichischen System welche

sind. Wenn die OECD außerdem feststellt, dass Österreich zu wenige Akademiker hat (bei uns gelten z.B. Krankenschwestern und Pflichtschullehrer nicht wie in anderen Staaten als Akademiker), dann sei ihr ins Stammbuch geschrieben: Uns fehlen nicht

die Akademiker, sondern immer mehr die guten Handwerker! Das zunehmende Problem sind die vielen Immigranten-Analphabeten, die keinen Lehrplatz bekommen oder die gar nicht arbeiten wollen.

Die Volksschule im Wandel der Zeit

Interview mit einer NÖ Volksschullehrerin

RK: Brigitta, Du bist seit den 80er-Jahren als Volksschullehrerin tätig. Wie fällt Deine Bilanz aus?

Bereits in der Pädak war der Druck der „richtigen“ Partei beizutreten sehr groß. Ich habe dem lange widerstanden, mich aber letztendlich arrangiert. Dann hat die Sache mit der Anstellung plötzlich sehr schnell funktioniert - was vor dem Beitritt nicht möglich war - auch die Versetzung in meinen Heimatbezirk war schließlich problemlos.

RK: Und bezüglich Gewerkschaft?

Auch diesbezüglich wurde auf mich als einziges Nichtmitglied meiner damaligen Schule Druck ausgeübt.

RK: Hat sich das Deines Erachtens geändert?

Ich fürchte, es wird vor allem im Pflichtschulbereich nach wie vor so gehandhabt.

RK: Und die konkrete Arbeit in der Schule?

Die war angesichts meiner Schulen sehr unterschiedlich:

Natürlich war und ist die Arbeit an einer kleinen Landvolkschule anders als die in einer Stadt mit einem wachsendem Anteil von Schülern mit nicht-



deutscher Muttersprache. Generell war zu beobachten, dass viele Eltern ihre Erziehungsaufgaben zunehmend an die Schule delegieren wollen, gleichzeitig aber uns Lehrern erklären, wie man zu arbeiten habe. Früher hat man zu 80% unterrichtet und zu 20% erzogen - heute ist es leider umgekehrt.

RK: Du hast die sprachlichen Defizite erwähnt. Wie wurde und wird damit umgegangen?

Einzelne Schüler mit Sprachdefiziten waren nie ein Problem. Ab einer gewissen Anzahl und kulturell zu großen Unterschieden ziehen die zu Fördernden sehr viel Aufmerksamkeit auf sich, sodass die anderen Schüler auf der Strecke bleiben.

Es war auch bis jetzt nicht zielführend, die Kinder der Zugewanderten Flüchtlinge dem Alter und nicht dem Wissensstand entsprechend in Klassen unterzubringen. Die jetzt gestarteten Deutschklassen sind der richtige Weg – damit wird individuell gefördert und die Schüler haben endlich die Chance dem Unterricht zu folgen. Und die anderen Schüler werden nicht wie bisher gebremst.

RK: Du hast vermutlich im Laufe deines Berufslebens auch Teamteaching erlebt.

Das Funktionieren war immer von den handelnden Personen abhängig und ist dadurch mehr oder weniger geglückt. Grundsätzlich habe ich die Situation oft als zu laut und stressig empfunden. Vieles funktioniert in individuellen Kleingruppen besser - für

alle Beteiligten.

RK: Gilt das auch für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf?

Ja, ganz besonders für diese Schüler. Ich bedauere zutiefst die Reduktion des Sonderschulwesens mit den damit verbundenen Fördermöglichkeiten. Da wird ja jetzt glücklicherweise auch wieder zurückgerudert.

Wie gesagt: Ich sehe das nicht als Diskriminierung sondern als adäquate Individualförderung.

RK: Ein heiß diskutiertes Thema war zuletzt die Wiedereinführung der verpflichtenden Ziffernnoten und die Möglichkeit des Durchfallens.

Diesbezüglich habe ich Vieles erlebt: Konventionelle Ziffernnoten, verbale Beurteilung als Schulversuch und dann mittels Abstimmung im Schulforum – teils mit starker Beeinflussung des Ergebnisses durch die Schulleitung, seitenlange Beurteilungsbögen in verschiedener Form, oft ein ziemlicher Papierkrieg.

RK: Und die Akzeptanz der Eltern?

Mit der verbalen Beurteilung hatten vor allem Eltern nicht-deutscher Muttersprache große Verständnisprobleme, aber auch österreichische Eltern und ihre Kinder fordern überwiegend Ziffernnoten.

RK: Was wäre für dich der Idealzustand?

Ziffernnoten mit kurzem verbalem

Zusatz, der aber nicht so - wie oft bei jetzigen verbalen Beurteilungen - in eine „pseudopsychologische Meinung“ ausarten soll.

RK: Und Deine Meinung zum Sitzenbleiben?

Schon bisher habe ich Eltern zum freiwilligen Wiederholen geraten, wenn ein Kind in der Entwicklung oder leistungsmäßig schwächer war. Zu ihrem Glück konnte man sie aber nicht zwingen – diese Schüler wurden dann gegen meine Überzeugung mitgeschleppt. Die Wiedereinführung der Möglichkeit zum verpflichtenden Wiederholen sehe ich jedenfalls positiv.

RK: Abschließend Deine wichtigsten Wünsche an die zukünftige Schulpolitik?

Viele Dinge entwickeln sich ja jetzt in eine gute Richtung, etwa Ziffernnoten und Deutschklassen. Wichtig wären auch die stärkere Unterstützung durch Spezialisten direkt an den Schulen z.B. für Lernschwächen, Legasthenie und psychologische Beratung. Das Sonderschulwesen muss auf jeden Fall wieder einen größeren Stellenwert bekommen. Ein Herzensanliegen ist mir auch der Erhalt von kleinen Landschulen, vor allem zur Vermeidung überlanger Schulwegzeiten.

Und zuletzt: Die Befreiung des Schulwesens von der Parteipolitik ist längst überfällig.

RK: Danke für das Gespräch. (Das Gespräch führte Reinhard Koller)

Reform der Mittelschule und Chancengleichheit - ein Widerspruch?

von Dr. Regine Stangl

Die Reformierung der „Neuen Mittelschule“, die ab dem Schuljahr 2019/20 nur mehr „Mittelschule“ heißen wird, ist vom Bundesministerium in Angriff genommen worden.

Im Fokus steht einerseits das zum Teil zu wenig effiziente „Teamteaching“, welches bei der Einführung ausschließlich die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch betraf, dann aber auf andere Fächer und leistungsfördernde Maßnahmen ausgeweitet wurde, andererseits der Ersatz der bisherigen vielfach kritisierten siebenteiligen Notenskala (ab der 3. Klasse) durch ein in zwei Schienen geführtes Notensystem mit den Bezeichnungen „Standard“ und „Standard AHS“ (ab der zweiten Klasse).

Es handelt sich bei beiden Themen um einen Richtungsstreit zwischen politisch links eingestellten Bildungspolitikern und Mitte-Rechts Politikern sowie beiden Fraktionen angehörenden Bildungsexperten. Die derzeitige Koalition möchte den Leistungsgedanken wieder vermehrt in unserem Schulwesen verankern. Das größte Argument der Opposition gegenüber der Politik von Unterrichtsminister Faßmann und gegenüber dem Regierungsprogramm der Koalition ist das Thema der Chancengerechtigkeit. Gerade diese wurde jedoch unter den sozialdemokratischen Bildungsministerinnen nicht gewährleistet. Im Gegenteil: wir finden eine NMS vor, die vor

allem im städtischen Bereich in starker Konkurrenz zur Unterstufe der AHS steht. Viel mehr als die alte Hauptschule, die in ihren ersten Leistungsgruppen erfolgreich fördern konnte. Es wäre in der derzeitigen Situation unseres Bildungssystems mit seinen Problemen unverantwortlich eine Schule aller 10 bis 14-Jährigen zu installieren. Abgesehen davon fand die Idee einer Gesamtschule bislang nie eine parlamentarische Mehrheit und das Scheitern der Modellregion Vorarlberg beweist ebenfalls, dass ein effizientes Schulsystem in Österreich dieses Konzept nicht weiterverfolgen sollte.

Wie ich bereits in der letzten Ausgabe ausgeführt habe, kann Teamteaching Vorteile im Rahmen der Individualisierung an Standorten, die eine leistungsmäßig ausgewogene Mischung in den Schülergruppen garantiert, bringen. Das Teamteaching wird auch weiterhin möglich sein, wenn am Standort effizient mit dieser Unterrichtsform gearbeitet wird. Die Schulautonomie bietet in Zukunft jedoch die Möglichkeit permanente Kleingruppen zu installieren, um mangelnder leistungsmäßiger Durchmischung, die zu Ineffizienz führt, entgegenzutreten. In Ballungsräumen mit einem hohen Anteil von Schülern Nicht-Deutscher Muttersprache und vielen intellektuell benachteiligten Kindern (generiert durch die vermehrte Abwanderung an die AHS) wird



die Lehrerschaft mit Sicherheit homogene Kleingruppen als effizient und der Chancengerechtigkeit dienend begrüßen.

Diese Regierung hat in ihrem Programm auch die Wiederherstellung der „Notenwahrheit“ festgeschrieben. Auch diese trägt zur Chancengerechtigkeit bei. Die siebenteilige Notenskala, die im vertiefenden Bereich kein „Nicht genügend“ vorsieht, wird durch zwei fünfteilige Skalen ersetzt werden. Auf der Schiene „Standard“ wird es in Zukunft auch „Sehr gut“ und „Gut“ geben, die wiederum einem „Befriedigend“ oder „Genügend“ im Bereich „Standard AHS“ entsprechen sollen. Gleichzeitig will man mit Testungen, denen verpflichtende Schullaufbahnberatungen durch die unterrichtenden Pädagogen folgen sollen, sowohl den Eltern die Förderung ihrer Kinder anraten, als auch den Druck von den

Lehrern nehmen bessere Noten auszuweisen als tatsächlich gerecht wären. Dadurch, dass bereits ein Jahr vorher als derzeit diese beiden Schienen bei der Notengebung verwendet werden sollen, erwartet man sich einen erhöhten leistungsmäßigen Output, da Fördermaßnahmen gezielt früher zum Einsatz kommen werden. Die Umsetzung obliegt dabei natürlich den Standorten selbst und man muss sich bewusst sein, dass es auch Standorte geben wird, wo nur ganz kleine Gruppen nach „Standard AHS“ unterrichtet werden können. Man spielt den Ball somit den Schulleitern und dem pädagogischen Personal zu, die für ihre Zielgruppe die bestmögliche Variante auswählen müssen. Notenwahrheit bedeutet auch Übereinstimmung mit der Leistungsbeurteilungsverordnung, welche neu zu adaptieren sein wird. Die derzeitige Situation, dass Berechtigungen zum Besuch einer weiterführenden höheren Schule oft leichtfertig vergeben werden und dieser Usus Probleme in der Eingangsphase hervorruft, könnte mit einem klugen schulautonomen Maßnahmenpaket bestehend aus gezielten Förderungen an den jeweiligen Standorten und zentral erarbeiteten Diagnoseinstrumenten (IKM und andere), die vom ersten Jahr an zum Einsatz kommen, verbessert werden. Parallel dazu werden die Ressourcen für Supportpersonal, Psychologen und DAZ-Lehrer erhöht werden müssen, um eine echte Aufwertung dieses Schultyps zu erreichen. Die Weichen in die richtige Richtung sind gestellt.

Zwischenruf

von Mag. Reinhard Koller

...dann werden sie merken, dass man den Kuchen am Bildschirm weder essen noch riechen kann.

Die digitalen Werkzeuge sind faszinierend und erleichtern vielerorts - auch in der Schule - das Leben.

Sie sind aber gar nichts, wenn dadurch jede geistige Anstrengung vermieden und jede sinnliche Erfahrung ausgespart wird. Natürlich soll der Staat Österreich für gute Infrastruktur in Sachen digitaler und analoger Verkehrswege sorgen und deren Weiterentwicklung und Beforschung fördern, im Schulbereich sollte auf jeden Fall das Kindeswohl im Vordergrund

stehen:

Sich selbst und die tatsächliche Welt wahrzunehmen wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema werden, die nachgeschobenen digitalen Werkzeuge werden (fast) von selbst kommen und sollten altersgerecht eingesetzt werden und keinesfalls das selbstständige Denken ersetzen.

Musik nicht nur streamen, sondern selbst zu machen, eine Erkenntnis ohne Taschenrechner zu gewinnen, eine Pflanze in der Natur lebhaftig zu erleben und nicht nur ihre technischen Daten zu googeln sollten die Höhepunkte im zukünftigen Schulleben sein.

Die freiheitlichen Schwerpunkte in der Bildungspolitik

Eine Zwischenbilanz nach einem Jahr freiheitlicher Regierungsbeteiligung im wesentlichen Zukunftsbereich Bildungspolitik. Von Wendelin Mölzer

Die Ausgangslage

Wir haben in Österreich, einem bekanntlich westeuropäischen Land auf höchstem wirtschaftlichen und zivilisatorischem

Niveau, ein historisch gewachsenes Bildungswesen, welches nach rund 200 Jahren viele, viele positive Eckpunkte hat, gute Leistung bringt, aber selbstverständlich mit einigen Prob-

lemen behaftet ist. Zum einen das altbekannte große Thema der Migration, das einen wesentlichen Einfluss auf die Bildungsstätten in unserem Land hat. Zum anderen die Frage der Schulverwaltung, die in Österreich durch den Föderalismus eine besonders komplizierte und komplexe Frage ist.

Dazu kommt eine, aufgrund der 68er Generation, ideologisierte pädagogische Ausbildung der Lehrer bzw. politisch indoktrinierte Unterrichtsweise, die gepaart mit einer stark veränderten Einstellung unserer Gesellschaft zu Bildungsfragen zu großen Verwerfungen und Problemen im System führt. Die Bildungspolitik, die seit dem Jahr 2006 nunmehr über ein Jahrzehnt sozialistisch gelenkt war, natürlich immer mit freundlicher Unterstützung der ÖVP, hat natürlich dazu geführt, dass es viele Tendenzen und Entwicklungen gegeben hat, die im Sinne einer konservativen Bildungspolitik alles andere als erfreulich sind. Das hat einerseits inhaltliche Schwerpunkte und Probleme mit sich gebracht und andererseits eine Bürokratisierung im Sinne des Proporz, die uns vor große Probleme stellt.

Problemlösungsversuche

Wenn man mit dieser Ausgangslage, die eben beschrieben wurde, an eine Neugestaltung des Bildungswesens in Österreich gehen will, muss man ob der schwierigen Mehrheitsfragen sehr sachte an die Veränderungen herangehen. So war uns im Zuge der Re-



gierungsverhandlungen schnell klar, dass wir keine Jahrhundert- oder Jahrtausendreform zustande bringen werden, weil wir schlicht und einfach nicht über die nötigen Zweidrittelmehrheiten verfügen und hinzu noch die Zustimmung der Länder in vielen Bereichen notwendig ist. Daher haben wir uns dazu entschlossen in den Bereichen wo es kurz- und mittelfristig möglich ist Maßnahmen zu setzen, eben solche ins System zu implementieren und

möglichst rasch umzusetzen. Da ist einmal die große Migrationsfrage, die sicher sehr vielschichtig ist und sehr komplex zu lösen sein wird. Für uns war klar, Selbstverständlichkeiten herzustellen. Dazu zählt etwa die Pflicht bzw. der Versuch Deutschkenntnisse entsprechend nachzuweisen, um am Regelunterricht teilzunehmen. Eine Maßnahme die bereits im Frühjahr 2018 gemeinsam mit der ÖVP umgesetzt werden konnte und mittlerweile in der

Implementierung ins System befindlich ist. Wesentlich dabei ist meines Erachtens die standardisierte Feststellung der Sprachkenntnisse nicht erst zum Eintritt in die Schule, sondern – wie auch schon beschlossen – bereits im dritten Lebensjahr der Kinder, um frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen und den Kindern ausreichend Deutsch beizubringen.

Ein weiterer Punkt ist der Leistungsgedanke, der in den letzten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, in den Schulen verloren gegangen ist. Hier war und ist, wenn gleich nur eine symbolhafte, aber genau wesentliche Maßnahme die durchgehende Wiedereinführung der Ziffernnoten, die auch bereits im Herbst beschlossen worden ist, aber auch die Wiedereinführung der Leistungsgruppen im Bereich der mittlerweile von Neuer Mittelschule in Mittelschule umbenannten Schule, die auch bereits im Herbst beschlossen wurde. Dazu kommen noch strengere Maßnahmen gegen das Schulschwänzen und die Evaluierung bzw. Überarbeitung der so genannten „Neuen Oberstufe“.

Das Bildungsreformgesetz

Das Bildungsreformgesetz, welches im Frühjahr 2017 beschlossen wurde, damals mit einer Zweidrittelmehrheit aus SPÖ, ÖVP und den Grünen, stellt die Schulverwaltung vor besondere Herausforderungen. Von uns Freiheitlichen wurde das Bildungsreformgesetz von Anfang an bekämpft, jedoch hat sich im Zuge der Regie-

rungsverhandlungen zweierlei gezeigt. Zum einen fehlen uns die notwendigen Mehrheiten, um gewisse Punkte dieses Bildungsreformgesetzes entsprechend abzuändern. Zum anderen hat die ÖVP darauf bestanden, nicht ganz zu Unrecht, wie ich meine, dass dieses Gesetz derzeit in Umsetzung befindlich ist und es daher schwierig ist auf die Stopp-Taste zu drücken.

Daher haben wir Freiheitliche uns zumindest durchsetzen können, als dass eine zeitnahe Evaluierung der Maßnahmen, die aus diesem Bildungsreformgesetz ausfließen, kommen wird und vor allem unter den Gesichtspunkten der Transparenz und Kontrolle auch möglichst rasch Maßnahmen gesetzt werden, um die Abschaffung der Kollegien in den einzelnen Bundesländern zu kompensieren, aber selbstverständlich auch, um die Probleme, die sich bereits jetzt gezeigt haben, mit den Besetzungen der Bildungsdirektionen und der entsprechenden Schulaufsicht in den Griff zu bekommen.

Eines ist klar, wir können hier nicht auf einer grünen Wiese planen, sondern wir müssen mit dem bestehenden System arbeiten und werden weiterhin versuchen, möglichst zeitnah und rasch positive Änderungen zu bewirken – immer unter der Maßgabe, dass wir in vielen Bereichen eben Zweidrittelmehrheiten benötigen.

Ausblick

Es ist klar, von heute auf morgen lässt sich also nicht alles

ändern und neu machen. Aber wir sind uns dessen bewusst, dass wir noch viele wesentliche Schritte setzen werden müssen. Das Pädagogik-Paket Teil 1 (Stichwort Ziffernnoten, Mittelschule etc. - siehe oben) ist eben nur ein Teil 1 und umfasst noch einen 2. Teil. In diesem 2. Teil wird es zum einen darum gehen die dringend notwendige Überarbeitung der Lehrpläne zu vollführen, es wird darum gehen im Bereich der AHS und der berufsbildenden höheren Schulen wesentliche Maßnahmen zu setzen.

Ein weiterer Punkt: Es helfen uns die besten Lehrpläne und die beste Schulverwaltung nichts, wenn wir es nicht schaffen, die Lehrerausbildung in den Griff zu bekommen. Diese läuft mit Sicherheit in eine falsche Richtung, und wir müssen uns daran machen, sie wieder in eine richtige Richtung zu drehen und entsprechend neu zu gestalten. Diese Monsteraufgabe wird wesentlich dafür sein, wie die Zukunft unseres Bildungswesens aussehen wird. Dabei ist aber auch wesentlich, dass wir die Einstellung der Gesellschaft zur Bildung verändern und verbessern. Es kann nicht nur eine Bringschuld des Staates sein, sondern es muss auch eine Holschuld der Menschen sein, die in diesem Land leben. Das gilt insbesondere auch für jene die in unser System zugewandert sind und denen wir einen Integrationswillen abverlangen müssen.

Abschließend kann man festhalten, dass es in vielen Bereichen der derzeitigen Bildungspolitik der Regierung eine

starke freiheitliche Handschrift gibt, und wir versuchen, gegen den linken Mainstream der so genannten Bildungsexperten,

Verbesserungen im System umzusetzen.

Wendelin Mölzer ist Abgeord-

neter zum Nationalrat, freiheitlicher Bildungssprecher und Vorsitzender des Unterrichtsausschusses im Nationalrat

Neuer Vorstand im Freiheitlichen Lehrerverband Österreichs

von Dr. Regine Stangl

Am 24. November 2018 fand in Bad Hall die Jahreshauptversammlung des Freiheitlichen Lehrerverbandes Österreichs statt. Dabei wurde durch die Vertreter der Freiheitlichen Lehrervereine der Bundesländer ein neuer Vorstand gewählt. Dipl. Ing. Harald Sander wurde einstimmig zum Obmann gewählt und wird den Lehrerverband für die nächsten zwei Jahre nach außen vertreten. Ihm beiseite gestellt ist Dipl. Päd. Gernot Hatzenbichler als Stellvertreter des Obmann. In den weiteren Funktionen wurden Dipl. Ing. Dr. Roland Lackinger, Mag. Siegfried Neyer, Mag. Reinhard Koller, Mag. Regine Stangl, Mag. Dr. Josef Pasteiner, Dipl. Päd. Gerhard Rakuscha, Mag. Birgit Reisenhofer und LAbg Mag. Elisabeth Dieringer-Granza gewählt.

Den Fokus der Arbeit der nächsten zwei Jahre wird der Lehrerverband verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den Lehrervereinen und zu der Freiheitlichen Partei in den Ländern und im Bund legen. Damit werden auch in Zukunft die Anliegen der Freiheitlichen Lehrer in Sachen Bildung in die Freiheitliche Politik einfließen können.



1. Reihe (von links) Birgit Reisenhofer, Elisabeth Dieringer-Granza, Regine Stangl
2. Reihe Siegfried Neyer, Obmann Harald Sander, Josef Pasteiner, Gernot Hatzenbichler
3. Reihe Gerhard Rakusch, Reinhard Koller, Roland Lackinger



Teilnehmer des Seminars des Freiheitlichen Lehrerverbandes im November 2018 in Bad Hall.

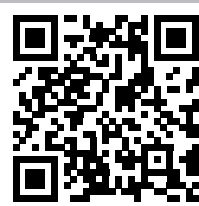
Offenlegung:

„FLV Zukunft“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrerverbandes. Die Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten. Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau).

Redaktion: Mag. Reinhard Koller
e-mail: koller@flv.at

Gestaltung: DI Harald Sander
e-mail: sander@flv.at

Freiheitlicher Österreichischer Lehrerverband,
Blütenstraße 21/1, 4040 Linz,
Tel: 0732 73 64 26 0, Fax: 0732 73 64 26 15
e-mail: postmaster@flv.at



www.flv.at



[www.facebook.com/
FreiheitlicherLehrerverband](https://www.facebook.com/FreiheitlicherLehrerverband)